

zu Stande käme, da überdies der Herr Vorsitzende die Zusage zur Stellung dieses Amendements bereits gegeben, so ist die Abstimmung erfolgt und dasselbe durch 43 gegen 35 Stimmen verworfen worden.

Se. Durchlaucht benachrichtigten die Versammlung, daß die Herren Emmel, Kayser, Koch und Steinkaufer dem 10. Ausschusse zugegeben worden, und daß die nächste Plenar-Sitzung auf Dienstag den 21. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, bestimmt sei, bis wohin, außer dem Referat über die allgemeine Forst- und Jagd-Polizei-Ordnung, mehrere andere Privat-Anträge zur Einsicht der Herren Stände im Vorzimmer des Sitzungs-Saales offen lägen.

Nach dem Schlusse der Sitzung trug ein Abgeordneter aus dem Stande der Städte noch folgende Bitte vor, welche von der Versammlung mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde: „Ich erlaube mir an die hohe Stände-Versammlung den Antrag zu stellen, daß dieselbe der so eben abgeschlossenen Verhandlung die vollständige Veröffentlichung geben möge, daß nämlich der so eben verhandelte Antrag so wie das Referat des vierten Ausschusses, ferner die Erklärungen der nicht damit einverstanden Mitglieder, die Entgegnung des Antragstellers so wie jene aller Sprecher, welche eine schriftliche Einreichung ihrer heute gehaltenen Vorträge gemacht haben, wörtlich abgedruckt werden.“

„Ich glaube, dieser Vorschlag ist im Interesse Aller und des Friedens; die eben abgeschlossene Verhandlung erregt ein allgemeines Interesse in der Provinz. Unvollständige Bekanntmachung wird zu unreifem Urtheil und zu feindseligen Reclamationen führen, und daraus kann für Niemand ein Vortheil erwachsen. Die katholischen Mitglieder der Versammlung, welche den Antrag nicht unterstützt, haben sich nirgendwo gegen die Rückkehr des Erzbischofs ausgesprochen, ja wenn das Referat ihre Gesinnungen ausdrückt, so erkennen sie die Würdigkeit des Erzbischofs, das Wünschenswerthe seiner Rückkehr und die Nothwendigkeit der Beilegung der kirchlichen Wirren an.“

„Es herrscht also hauptsächlich nur Verschiedenheit der Ueberzeugung über die Wege, die bei Sr. Majestät haben eingeschlagen werden sollen. Die vollständige Veröffentlichung der Verhandlungen wird also augenscheinlich, nach allen Seiten hin, die Meinungs-Verschiedenheit nicht zu einem Element des Hasses und einer fortdauernden Zwietracht werden lassen.“

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Anlage zu dem Protokoll der dreizehnten Sitzung.

Ich bin mit den im Antrage ausgesprochenen gesetzlichen Prinzipien in Beziehung auf persönliche Freiheit einverstanden, aber ich bin es nicht mit dem übrigen Theil desselben, weil vorerst der Ausgang der zwischen dem heiligen Stuhle und unserm Gouvernement angeknüpften und noch fortdauernden Unterhandlungen abzuwarten sein möchte, und weil es unparlamentarisch sein würde, eher einzuschreiten; denn wenn in einem constitutionellen Staate wie England oder Frankreich die Opposition die Minister auffordert, sich über eine Unterhandlung mit einem fremden Staate auszusprechen, und die Minister antworten, die Unterhandlungen seien noch nicht beendet, so nimmt die Opposition ihre Motive zurück, um nicht durch unkluges Vorgehen den Gang der Unterhandlungen zu erschweren, oder gar auf dieselben nachtheilig einzuwirken; dies würde wahrscheinlich auch bei dieser höchst wichtigen Angelegenheit der Fall sein, und nur aus dem Grund stimme ich gegen den von dem Herrn Abgeordneten gestellten Antrag.

Düsseldorf, den 18. Juni 1841.

Vierzehnte Sitzung.

Düsseldorf, den 22. Juni 1841.

Se. Durchlaucht der Herr Landtags-Marschall, zum allgemeinen Bedauern durch Unpäßlichkeit gehindert, in der heutigen Versammlung den Vorsitz zu führen, hatten denselben höchstihrem Stellvertreter dem Herrn Grafen Bergh von Trips übertragen, der, nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt worden war, den Herrn Grafen Reinhard zu Solms-Laubach als Mitglied des sechsten Ausschusses proklamirte, und darauf folgende vom Herrn Landtags-Commissar eingegangene Schreiben anzeigte.

- 1) Benachrichtigung, daß die Diäten der Subalternen vom 1. bis 15. dieses auf die Regierungs-Haupt-Casse angewiesen worden seien. Geht ad acta.
- 2) Mittheilung einer Denkschrift der Provinzial-Feuer-Sozietäts-Direction, die Erwerbung eines eigenen Gebäudes für die Geschäftsführung derselben betreffend. Geht zum zehnten Ausschusse.
- 3) Gesuche des Herrn Grafen von der Recke-Bolmarstein, der Gebrüder Herberich zu Herbingen, der Familie Lerodt, um Aufnahme der Güter Berge, Grippswald und zum Dyck- oder Wildenrath-Hof in die Ritterschafts-Matrikel, mit einer nachträglichen Eingabe des Kammer-Präsidenten von Gymnich zu Köln. Geht an die Ritterschaft.
- 4) Nachträgliche Materialien zum Bergischen Provinzial-Recht. An den vierten Ausschuss.
- 5) Allerhöchste Proposition, die Ausdehnung der Kompetenz der Friedensgerichte betreffend. An den vierten Ausschuss.

Es wurden darauf von den bis zum Schlusse der vorigen Woche eingegangenen Anträgen die nachstehenden vorgetragen:

Durch einen Abgeordneten aus dem Stande der Ritterschaft:

- 1) Auf Revision des Eisenbahn-Gesetzes vom 3. November 1838. Geht an den neunten Ausschuss.
- 2) Auf Revision des Zolltarifs. An den neunten Ausschuss.
- 3) Auf Veröffentlichung der Communal-Angelegenheiten. An den elften Ausschuss.

Durch einen andern Abgeordneten desselben Standes:

- 4) Auf Erlass der Moststeuer von dem Weine, welchen die Winzer selbst consumiren. An den achten Ausschuss.

Durch einen andern Abgeordneten desselben Standes:

- 5) Auf Unterstützung für den Dombau zu Köln. An den dritten Ausschuss.

Durch einen andern Abgeordneten desselben Standes:

- 6) Auf Unterstützung des Staates bei den Versuchen zur Veredlung der Braunkohle. An den achten Ausschuss.

Durch einen andern Abgeordneten desselben Standes:

- 7) Auf Abhülfe der unverhältnismäßigen alljährlich wiederkehrenden Belastung der Einwohner in der Umgebung von Wesel und Wahn bei den Schieß-Übungen der 7. und 8. Artillerie-Brigade. An den elften Ausschuss.